Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 118. | Dresden, Sonnabend den 23. Mai 1908. | 19. Jahrg.

Bajonette gegen streikende Arbeiter.

Im pommerschen Städtchen **Wolgast** hat am letzten Mittwoch das Knechtschaftsverhältnis, in dem Arbeiter durch die Kapitalsgewalt erhalten werden, zu bedauerlichen Szenen geführt. Bei der Zementfabrik Pommerscher Industrieverein Quistorp-Stettin befinden sich die Arbeiter im Streik. Nun wohnt ein Teil der Arbeiter mit ihren Familien in den **Arbeiterwohnhäusern**, die das Unternehmen zum Beweis ihrer Wohltätigkeit hat errichten lassen. Diese Arbeiter sollten die Wohltätigkeit der Fabrikleitung jetzt in besonderem Maße kennen lernen, indem ihnen **befohlen wurde, mit ihren Familien die Wohnungen zu räumen.** Da sie diese Form der Unternehmerwohltätigkeit nicht begriffen, sollten sie gewaltsam exmittiert werden. Aus diesen Ursachen entstanden dann **Zusammenstöße mit der Gendarmerie, Verletzungen auf beiden Seiten.** Schließlich wurde aus Greifswald **Militär herbeigezogen.** Einige Personen wurden verletzt; erfreulicherweise, wenn sich die bisherigen Nachrichten bestätigen, nicht schwer.

Verschuldet sind die aufregenden Vorfälle zweifellos durch die Fabrikleitung, die sich nicht scheute, gegen Arbeiter, weil sie im Lohnkampf stehen, vom Hausbesitzrecht gewaltsamen Gebrauch zu machen. Der Fall lehrt eindringlich, daß die angebliche „Wohltat" der Arbeiterwohnungen in Wahrheit für die Arbeiter in den ernstesten Situationen ihres Lebens zur schweren Plage wird. Die Wohltat des Unternehmertums, das Arbeiterwohnungen errichtet, beruht in den meisten Fällen darin, daß die Arbeiter um die Ausübung ihres Koalitionsrechts betrogen werden sollen.

Der Vorgang in Wolgast kann für die Arbeiter eine eindringliche Lehre sein, daß sie sich vor derartigen Wohltaten des Unternehmertums aufs äußerste hüten müssen.

* * *

Ein Telegramm des Bureau Hirsch schildert die Vorgänge in Wolgast wie folgt:

Wolgast, 22. Mai. **Infolge des Streiks bei der Zementfabrik Pommerscher Industrieverein Quistorp-Stettin** sollten am Mittwoch abend einige Arbeiterfamilien aus den Arbeiterwohnhäusern der Fabrik exmittiert werden, wobei Gewalt angewandt wurde. Den exmittierenden Beamten wurde tätlicher Widerstand entgegengesetzt, so daß Gendarmerie aufgeboten wurde. Von den Streikenden wurden die Gendarmen mit Steinen beworfen, so daß sie **von der Waffe Gebrauch machten.** Hierbei wurden einige Personen verletzt, und auch einige Gendarmen und Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe kampfunfähig gemacht. Den 285 Streikenden hatten sich Radaulustige angeschlossen, und der Aufruhr wurde so groß, daß der Magistrat schließlich Militär requirierte. Als aus Greifswald **zwei Kompagnien vom 8. Bataillon des 42. Infanterie-Regiments** ankamen, wurden sie auf dem Bahnhof mit Johlen begrüßt. Der Hauptmann forderte die Menge auf, auseinanderzugehen, und als die Aufforderung keinen Erfolg hatte, sah er sich genötigt, **die Seitengewehre aufpflanzen zu lassen und die Menge zurückzutreiben; hierbei wurden einige Personen, jedoch keine schwer verletzt. Dann wurden Patrouillen in die Stadt gesandt, die die Straßen säuberten,** und nach einer Viertelstunde war die Stadt vollkommen ruhig.

*

Wolgast, 22. Mai. Die Streikenden haben eine Versammlung einberufen, in der eine Kommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reimers gewählt wurde, die über die eventuelle Einstellung des Streiks beraten soll. Sollte eine Fortsetzung des Streiks beschlossen werden, so beabsichtigen die Arbeiter der anderen Betriebe, zugunsten ihrer streikenden Kollegen in einen Generalstreik einzutreten.

Eine Wahlreform für England.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. **London**, den 21. Mai.

Der Premierminister Asquith hat gestern eine überraschende Erklärung von großer Wichtigkeit abgegeben. Bekanntlich wurde zu Anfang der gegenwärtigen Parlamentssession eine sogenannte private Bill eines liberalen Abgeordneten mit einer großen Mehrheit in zweiter Lesung im Unterhause angenommen, wonach **die Wahlberechtigung auf alle Frauen ausgedehnt werden sollte,** welche die gegenwärtig für die Männer geforderten Bedingungen erfüllen. Gestern nun hat eine Deputation von Parlamentsmitgliedern den Ministerpräsidenten, der Bill jene technischen Erleichterungen zu schenken, ohne welche sie nicht zum Gesetz fortschreiten kann. Die Deputation konnte nicht auf viel Sympathie von seiten Asquiths rechnen, denn dieser ist als persönlicher Gegner des Frauenwahlrechts bekannt und er hat auch zusammen mit einer Minderheit seiner Kabinettskollegen seinerzeit gegen die zweite Lesung der betreffenden Bill gestimmt.

Die Antwort des Ministerpräsidenten hat jedoch die Erwartungen angenehm enttäuscht. Wohl weigerte er sich, der in Frage stehenden Bill zur Gesetzwerdung zu verhelfen, aber gleichzeitig erklärte er, daß die Regierung das Prinzip des Frauenwahlrechts keineswegs zurückweise. Die Regierung werde es als ihre Pflicht ansehen, noch vor Abschluß dieses Parlaments, also noch vor den nächsten allgemeinen Wahlen, eine **weitreichende Reform des geltenden Wahlrechtssystems** einzureichen, um dem konfusen Zustand und den vielfachen Anomalien des geltenden Wahlrechts ein Ende zu machen. Wenn diese Regierungsmaßregel dem Parlament vorgelegt werden wird, dann wird die Regierung nichts dagegen einwenden, wenn durch einen Zusatzantrag die Wahlberechtigung auch auf die Frauen ausgedehnt wird, vorausgesetzt, daß diese Aenderung sich in einer **demokratischen** Richtung bewegt.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten ist allerdings nicht ganz ohne Vorbehalte, er hat sich vorsichtigerweise einige enge Hintertüren offen gelassen, durch welche die Regierung im Notfalle wird durchschlüpfen können. Wenn aber die Erklärung Asquiths ehrlich gemeint ist, und vorläufig liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, so wird sie von den breiten Massen des englischen Volkes mit der größten Genugtuung empfangen werden und, wenigstens soweit die **arbeitenden** Männer und Frauen Großbritanniens in Betracht kommen, werden sie um der versprochenen umfassenden Wahlrechtsreform willen auf die dem Parlamente vorliegende Bill bereitwilligst verzichten.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten ist eigentlich eine Stellungnahme zu einer Frage, welche die Arbeiterbewegung Englands seit Jahren lebhaft beschäftigt hat, zu der Frage nämlich, ob die einfache Ausdehnung des geltenden Wahlrechts auf die Frauen oder ein ganz neues uneingeschränktes allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter in erster Linie anzustreben sei. Den Befürwortern der ersteren Methode, der sogenannten Limited Bill (begrenzter Gesetzentwurf), kam es in erster Linie auf die grundsätzliche, theoretische Beseitigung der Entrechtung des weiblichen Geschlechts an, während es den Anhängern der zweiten Methode, des sogenannten **Adult Suffrage** (Wahlrecht für jeden Erwachsenen beiderlei Geschlechts), um die praktische Erringung einer wahrhaften Demokratie zu tun war. Das in England geltende Wahlrecht ist nämlich kein ganz allgemeines, es ist an einen allerdings ganz geringen Besitzzensus, die Innehabung einer eigenen Wohnung oder Stube von einem bestimmten Mietwert, gebunden, welcher Zensus aber doch hoch genug ist, viele Hunderttausende englischer Arbeiter politisch rechtlos zu machen. Außerdem enthält das Wahlgesetz eine Unmasse einschränkender und oft konfuser Bestimmungen, die die Wahlberechtigung weiterer Arbeitermassen der Willkür des zuständigen Beamten überantworten. Die einfache Ausdehnung des geltenden Wahlrechts auf die Frauen würde deshalb eine ganz gewaltige **Bevorteilung der besitzenden Klassen** bedeuten. In erster Reihe würde die übergroße Mehrzahl der **verehelichten Arbeiterinnen** rechtlos bleiben, weil sie doch keine eigenen Wohnungen außer denen ihrer Ehemänner halten, während die verheirateten Frauen der besitzenden Klasse ihr Wahlrecht auf Grund anderer Bestimmungen des Gesetzes (Haus- oder Grundeigentum u. a. m.) erwerben könnten. Auch die unverheirateten Arbeiterinnen würden stark benachteiligt, weil sie infolge ihrer schlechteren wirtschaftlichen Lage den Wohnungszensus viel seltener erreichen würden, als die Männer. Aus diesen Erwägungen heraus haben die **Jahreskonferenzen der Arbeiterpartei**, zuletzt auch in Hull, die Limited Bill wiederholt mit großen Mehrheiten zurückgewiesen, diese für einen „retrograden Schritt" erklärt und das Adult Suffrage gefordert. Denselben Standpunkt nimmt die sozialdemokratische Partei Englands ein und demgemäß hat auch die Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart 1907 entschieden.

Die in zweiter Lesung im Unterhause angenommene und von Asquith zurückgewiesene Vorlage ist nun eine solche Limited Bill. Wenn der Ministerpräsident hingegen sein gestern gegebenes Versprechen ehrlich und ohne Hintergedanken einlöst, so muß es zu dem von der Arbeiterpartei und den Sozialisten geforderten Adult Suffrage oder zu dem **allgemeinen Wahlrecht beider Geschlechter** führen. Dieser Ausblick wird manchen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, denen es nicht um ein Frauenwahlrecht, sondern um ein Damenwahlrecht zu tun war, nicht sehr angenehm sein. Und doch muß ohne weiteres anerkannt werden, daß die neue Wendung fast ausschließlich der unermüdlichen Energie und der oft verspotteten Taktik der „Suffragettes" zu danken ist. Mit ihrem Entschlusse, bei allen Wahlen **gegen den liberalen Kandidaten** zu agitieren, einerlei ob dieser persönlich Anhänger oder Gegner des Frauenwahlrechts ist, solange die Regierung kein bindendes Versprechen abgibt, dasselbe auch durchzuführen, haben sie den Liberalen sehr viel Kummer und Angst bereitet, und es ist dieser bei den Nachwahlen nur zu sehr gefühlte Druck, dem die Regierung nun nicht mehr standzuhalten vermag. Es bleibt noch abzuwarten, ob die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten die Frauenrechtlerinnen befriedigen und ihre Taktik beeinflussen wird.

Ein **Vergleich zwischen England und Deutschland** muß sich jedem aufdrängen. Während die deutschen Machthaber immerfort auf Mittel und Wege sinnen, das Volk seiner errungenen Rechte zu berauben, erklärt sich die englische Regierung bereit, die politischen Grundrechte auf jeden Mann und jedes Weib, auf alles, was Menschenantlitz trägt, auszudehnen, und so zu einer wahren Demokratie den Grund zu legen.

Ernte-Statistik.

re. Gerade in Jahren mit hohen Getreidepreisen ist es von größtem Werte nicht nur für alle am Getreidehandel Beteiligten, sondern vor allem auch für die Konsumenten, die für die Versorgung zur Verfügung stehenden Getreidemengen so genau wie möglich zu erfassen. Die Voraussetzung für eine genaue Kenntnis der Getreidemengen ist eine gute Erntestatistik. Mag unsere Statistik mit der anderer Länder den Vergleich wohl aushalten können, daß sie verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig ist, das dürfte von allen Seiten zugestanden werden. Der Getreidehandel hat schon wiederholt die Ergebnisse der amtlichen Statistik bemängelt. Besonders auffallend ist schon der Widerspruch, der oft zwischen den Saatenstandsnoten und den nachherigen Ernteergebnissen besteht. Aber auch die Statistik über die Ernteresultate selbst kommt ganz allgemein hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben. Wir erinnern an den starken Unterschied zwischen der amtlichen Ernteschätzung im Jahre 1903 und einer von Professor Ruhland veranlaßten privaten Aufnahme für das nämliche Jahr. Nach dieser privaten Schätzung, die auf Grund einer Umfrage bei zirka 9000 Landwirten, Dreschmaschinen-Genossenschaften, Händlern, Müllern und Kornhaus-Genossenschaften gewonnen wurde, ergab sich eine sehr viel reichere Ernte als nach den amtlichen Ziffern.

Die Abweichungen waren ganz erheblich und betrugen für das Brotgetreide nicht weniger als 4,28 Millionen Tonnen oder fast 25 Prozent des Ertrages nach der amtlichen Statistik. Nun soll keineswegs gesagt werden, daß die Ergebnisse der privaten Aufnahme der Wirklichkeit entsprächen. Beachtenswert ist nur, daß die Interessenten selbst den Ertrag sehr viel höher und durchweg höher angeben als die amtliche Statistik. Auch in Kreisen des Getreidehandels neigt man der Ansicht zu, daß die Ergebnisse der Ernte-statistik stark hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Es ist nun aber gar keine Frage, daß schon ein weit geringeres Plus als 4,28 Millionen Tonnen Ernteertrag den Markt für Brotgetreide wesentlich beeinflussen würde. Und es ist wundernes verwunderlich, daß die statistisch nachzuweisende Knappheit in der Versorgung fast nie in dem berechneten Grade eintritt, wie wir wohl auch dieses Jahr wieder zu beobachten Gelegenheit haben werden.

Die amtlichen Ziffern beeinflussen aber doch in ausschlaggebender Weise die Marktlage und die Preisbemessung, denn die privaten Beobachtungen und Erfahrungen einzelner Händler vermögen eben nie und nimmer den Umfang der Erntemenge auch nur einer Provinz, geschweige denn eines Wirtschaftsgebietes von der Größe Deutschlands zu beurteilen. Der gesamte Getreidehandel hängt mangels einer zuverlässigen Erntestatistik vielmehr von dem jeweiligen zufälligen oder künstlich herbeigeführten Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab, woraus sich denn auch die sehr starken Preisschwankungen erklären. Auch die Aufnahmen der sogenannten Vorräte haben nur sehr geringe Bedeutung, so wichtig sie auch dem Getreidehandel erscheinen mögen. Denn die Größe dieser Vorräte wird durch Interessenten bestimmt, die sie je nach Belieben anschwellen lassen oder vermindern können. Nur eine möglichst gute Erntestatistik würde eine Basis für eine gesunde Preispolitik ermöglichen. Diese zu schaffen, muß das Bestreben nicht nur der Interessenten, sondern erst recht der Konsumenten sein. Freilich, wer von den Konsumenten kümmert sich um Fragen der Wirtschaftsstatistik?

Es ist zweifellos nicht leicht, brauchbare Verbesserungsvorschläge zu machen, und vor allem soll man nicht glauben, daß man gleich eine vollkommene Statistik schaffen könne. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, zunächst die heutige Statistik wesentlich zu verbessern. Wichtig ist vor allem, daß die Schätzungen in den kleinsten Bezirken, aus denen schließlich die Erntezifern für ganz Deutschland hervorgehen, in möglichst gewissenhafter Weise erfolgen. Am besten wäre es, für die Urbezirke eine besondere Schätzungskommission einzusetzen, die mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Interessen zusammengesetzt werden müßte. Es müßte der Produzent, der Händler und der Konsument in der Kommission vertreten sein. Unter Konsumenten würden wir in vorliegendem Falle den Müller verstehen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir der Ansicht Ausdruck geben, daß die Schätzungen, wie sie heute für die Urbezirke abgegeben werden, bei allem guten Willen doch etwas rasch und nicht unter Aufwendung der Mühe gemacht werden, die in sachlichem Interesse geboten ist. Man kann dies den heutigen Schätzern auch gar nicht zumuten. Um eine gute Erntestatistik zu erhalten, darf man auch die Kosten nicht scheuen. Die Kommissionen der Urbezirke müssen mit allen ihren Gemeinden in Kommer stehen und in jeder ihre Berichterstatter und Sachverständigen haben. Auch muß streng darauf gesehen werden, daß die Schätzungen dieser Urbezirke durch die lokale Presse möglichst detailliert veröffentlicht werden, damit auch die Kritik sich regen und korrigierend einwirken kann. Wir werden nie eine gute Erntestatistik erhalten, wenn nicht der Hebel ganz unten angesetzt wird. Die Verarbeitung des so gewonnenen Materials mag mit größerer Mühe als bisher verbunden sein, aber die gewissenhafte Verarbeitung dürfen wir ruhig dem Statistischen Amte des Reiches überlassen, das nur darauf zu sehen hätte, daß die Verarbeitung und Veröffentlichung der Resultate so schnell wie möglich erfolgte. Was wir von der Erntestatistik ausgeführt haben, das gilt in gleicher Weise von der Qualifizierung des Saatenstandes, Saatenstandsbegutachtung und Ernteschätzung müssen miteinander in engste Beziehung gebracht werden. Eine gute Erntestatistik ist eine Kostenfrage. Solange man den volkswirtschaftlichen Wert einer guten Wirtschaftspolitik noch nicht eingesehen hat, so lange wird man sich allerdings nicht beeilen, für statistische Zwecke hohe Aufwendungen zu machen.

England — Frankreich — Rußland.

London, 22. Mai. Die Zusammenkunft zwischen dem König Eduard und dem Zaren auf der Reede von Reval wird drei Tage umfassen. Wie jetzt amtlich bekanntgegeben wird, werden die Königin und die Prinzessin Viktoria den König Eduard auf seiner Reise nach Rußland begleiten.

Paris, 22. Mai. Die Zusammenkunft des Königs von England und des Zaren wird hier mit großer Sympathie im Sinne einer